

niedersachsen *magazin*

Januar/Februar 2026 • 88. Jahrgang

dbb beamtenbund und tarifunion niedersachsen

2026: Wohin steuert der öffentliche Dienst?



Seite 4 <

Beamtenbesoldung

Seite 5 <

Aktive
Mittagspause DJG

Seite 6 <

Landessenioren-
vertretung



Sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen,

mit dieser ersten Ausgabe des niedersachsen magazins im Jahr 2026 blicken wir bereits auf Wochen zurück, die von außergewöhnlichen Herausforderungen und einschneidenden Ereignissen geprägt waren – Ereignisse, die insbesondere aus Sicht des öffentlichen Dienstes nachwirken.

➤ **Anschlag auf kritische Infrastruktur: der öffentliche Dienst als Stabilitätsanker**

Zwei Entwicklungen im Januar verdienen besondere Aufmerksamkeit. Zunächst der offenbar politisch motivierte Anschlag auf die Kabelbrücke am Kraftwerk Lichterfelde in Berlin. Die Folgen waren gravierend: Über 45.000 Haushalte und mehr als 2.000 Gewerbebetriebe waren bei winterlichen Temperaturen teils bis zu vier Tage ohne Strom. Die Auswirkungen auf Tausende Menschen sind uns allen noch deutlich vor Augen.

Ohne den politischen Umgang mit diesem Anschlag bewerten zu wollen, muss eines klar hervorgehoben werden: Es waren vor allem die Kolleginnen und Kollegen des öffentlichen Dienstes – ehrenamtlich wie hauptamtlich –, die mit großem Einsatz dafür gesorgt haben, die Versorgung und Sicherheit aufrechtzuerhalten, Schäden einzugrenzen und die technischen Voraussetzungen für eine schnelle Wiederherstellung zu schaffen. Ihr Engagement hat maßgeblich verhindert, dass diese Lage noch dramatischere Folgen hatte. Ohne den öffentlichen Dienst wäre unser Gemeinwesen in einer solchen Situation nicht handlungsfähig.

➤ **Extremwetter als zweiter Stresstest für Staat und Beschäftigte**

Kaum war die Stromversorgung in Berlin wieder stabilisiert, traf Norddeutschland – und weite Teile Niedersachsens – durch Sturmtief „Elli“ eine außergewöhnliche Wetterlage. Auch hier waren es erneut die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, die durch ihren Einsatz Schlimmeres verhindern konnten. Beiden Ereignissen ist gemeinsam, dass wir den Helferinnen und Helfern größten Dank schulden.

➤ **Verwundbarkeit des Staates und seiner Infrastruktur**

Doch diese Dankbarkeit darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass beide Szenarien eine beunruhigende Schattenseite offenbaren: die erhebliche Verwundbarkeit unseres Staates und seiner Infrastruktur. Der Anschlag auf eine Einrichtung der kritischen Infrastruktur – mutmaßlich verübt durch linksextreme Tätergruppen – war nicht der erste seiner Art, aber bislang der folgenschwerste. Er hat unmissverständlich gezeigt, wie anfällig zentrale Versorgungsstrukturen sind. Solche Lagen können jederzeit jede Stadt treffen – durch kriminelles Handeln ebenso wie durch Naturereignisse.

➤ **Ein starker Staat braucht einen starken öffentlichen Dienst**

Gerade vor diesem Hintergrund ist die Erwartungshaltung klar: Es müssen endlich die richtigen Konsequenzen gezogen werden. Wer

die Forderung nach einem „starken Staat“ reflexartig ablehnt, verkennt deren eigentliche Bedeutung. Ein starker Staat ist ein handlungsfähiger Staat – mit einem personell gut ausgestatteten öffentlichen Dienst und einem verlässlichen Berufsbeamten-tum. Diese Strukturen sind kein Selbstzweck, sondern tragende Säulen unserer Demokratie und Voraussetzung für Sicherheit. Sicherheit bedeutet dabei weit mehr als Schutz vor Kriminalität. Sie umfasst ebenso die Gewissheit, dass der Staat im Krisenfall schnell, wirksam und verlässlich hilft und die Versorgung wiederherstellt.

➤ **Mobilität im Ausnahmezustand: Folgen jahrelanger Fehlentscheidungen**

Die anschließende Extremwetterlage in Nord- und Ostdeutschland hat diese Erkenntnis nochmals untermauert. Nach Jahren milder Winter reichte ein einzelner massiver Wintereinbruch aus, um ganze Regionen zeitweise lahmzulegen: nicht geräumte Straßen, eingestellter Zugverkehr, Busse und Bahnen, die in den Depots blieben. Für Tausende Fahrgäste bedeutete dies Unsicherheit, lange Wartezeiten und vielfach das Scheitern an alltäglichen Wegen.

Gleichzeitig wurde sichtbar, welches Engagement hinter den Systemen steckt: Fahrerinnen und Fahrer, Zugbegleiter, Lokführer, Beschäftigte in Leitstellen und Werkstätten arbeiteten unter extremen Bedingungen – oft weit über ihre Belastungsgrenzen hinaus. Zugleich zeigte sich deutlich, wie stark sich der Personalabbau der vergangenen Jahre auswirkt, etwa im Winterdienst der Straßenmeistereien.

➤ **Infrastruktur unter Druck – kein Versagen der Beschäftigten**

Auch dieses Sturmtief war ein Stresstest für unsere Infrastruktur – insbesondere im Bereich der Mobilität. Es war kein einmaliger Ausnahmefall, sondern ein Vorgeschmack auf Lagen, mit denen wir künftig häufiger rechnen müssen. Bewältigt wurde dieser Test nur unzureichend – nicht wegen mangelnden Engagements des öffentlichen Dienstes, sondern aufgrund politischer Fehlentscheidungen der Vergangenheit, die Strukturen geschwächt statt gestärkt haben.

➤ **Politische Verantwortung und anhaltende Angriffe auf den öffentlichen Dienst**

Beide Ereignisse machen eindringlich deutlich, wie unverzichtbar der öffentliche Dienst für unsere Daseinsvorsorge ist – faktisch



> Alexander Zimbehl,
1. Landesvorsitzender

© NBB



rund um die Uhr. Umso ernüchternder ist der Blick auf das vergangene Jahr: Der Eindruck verfestigt sich, dass Bundes- und Landespolitik diese Realität noch immer nicht ausreichend erkannt haben. Die politischen Angriffe auf das Berufsbeamtentum und weite Teile des öffentlichen Dienstes erreichten 2025 neue Höhepunkte. Seit Jahren werden Haushalte auf Kosten der Beschäftigten im öffentlichen Dienst konsolidiert – getragen von der Illusion, Privatisierung könne Kosten senken und zugleich eine gleichwertige oder gar bessere Daseinsvorsorge gewährleisten. Die Realität widerlegt diesen Ansatz immer deutlicher.

■ Aufklärung, Verantwortung und gewerkschaftlicher Auftrag

Die Hoffnung, dass Politik aus Krisen lernt und endlich umsteuert, ist weitgehend gewichen. Umso mehr bleibt der Glaube daran, dass Wählerinnen und Wähler den notwendigen Kurswechsel einfordern. Es ist auch unsere Aufgabe, Auftrag von Gewerkschaften und Verbänden, den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land zu verdeutlichen, wo die tatsächlichen Probleme liegen und was Teile der Politik mit ihrer Angriffslust zum Nachteil unserer Beschäftigten im Ergebnis anrichten. Die zahlreichen Beispiele dafür liegen auf der Hand, und wir werden immer wieder aufzählen, wohin uns politische Fehleinschätzung und Handlungsverweigerung führen wird.

■ Forderungen des dbb: Ausbau statt Rückbau

Der dbb wird deshalb – in Niedersachsen wie auf Bundesebene – den Finger weiterhin konsequent in die offenen Wunden unserer Gesellschaft legen. Wir brauchen keinen weiteren Rückbau, sondern einen Ausbau des öffentlichen Dienstes. Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr Berufsbeamtentum – gerade in sensiblen Bereichen wie Mobilität und Logistik, Energie- und Wasserversorgung, Kommunikation und Gesundheitswesen.

■ Ein Gesamtkonzept für Daseinsvorsorge und Verwaltung

Wir sehen als dbb in Niedersachsen hierbei die Politik in der Pflicht, ein Gesamtkonzept zur infrastrukturellen Sicherungsleistung, der öffentlichen Daseinsvorsorge und der Verwaltungsmodernisierung vorzulegen, unbürokratisch zu optimieren und an die unbeständigen inneren und äußeren Problemsituationen anzupassen. Der dbb niedersachsen steht mit seinen Fachgewerkschaften als kompetenter Ansprechpartner bei eben dieser Entwicklung gerne zur Seite. Aber eines muss dabei klar sein: Der öffentliche Dienst und das Berufsbeamtentum sind zwingende Pfeiler dieses Gesamtkonzepts. Ein Konzept lediglich mit dem Ziel der Haushaltskonsolidierung,

welches weder seinen Zweck erfüllt noch die Zukunftsfähigkeit des öffentlichen Dienstes fördert, wird mit dem dbb niedersachsen nicht zu machen sein.

■ Die strukturelle Krise des öffentlichen Dienstes

Und auch unabhängig von den hier geschilderten Krisensituationen und infrastrukturellen Bedrohungen – die Krisensituation des öffentlichen Dienstes ist überall erkennbar und wirkt sich auf Bevölkerung und Wirtschaft zunehmend aus. Wenn uns jedes Jahr Steuermilliarden entgehen, weil beispielsweise Zoll sowie die Steuer- und Finanzverwaltung personell zusammengestrichen werden, dann darf man sich über Finanzierungsprobleme nicht wundern.

Wenn Arbeitsschritte der Verwaltung mehrfach wiederholt und an verschiedenen Stellen durch Doppelangaben belastet werden, weil die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung nicht vorangetrieben wird, dann dürfen wir uns über Personalprobleme nicht wundern.

Und wenn es uns nicht gelingt, technisch, sicherheitspolitisch und strukturell unsere eigene Infrastruktur zu schützen und sie im Interesse der eigenen Bevölkerung und der heimischen Industrie und Wirtschaft schnellstmöglich wiederherzustellen und am Laufen zu halten, dann dürfen wir uns über einen weiteren Abstieg im europäischen Vergleich nicht wundern.

■ Zuversicht und gemeinsames Engagement

Die Ereignisse der ersten Januartage haben dies eindrucksvoll und unmissverständlich gezeigt.

In diesem Sinne hoffe ich trotzdem, dass wir alle mit Blick auf ein spannendes Jahr 2026 weiterhin zuversichtlich bleiben. Missmut und Pessimismus sind selten zielführend – die Hoffnung und das Engagement für einen zukunftsfähigen öffentlichen Dienst müssen weiterhin für uns leitend sein! Dafür steht der dbb niedersachsen mit seinen starken Mitgliedsgewerkschaften, das darf ich Ihnen versichern!

Ihr/Euer

Alexander Zimbehl

Impressum

Herausgeber: dbb beamtenbund und tarifunion niedersachsen, Raffaelstraße 4, 30177 Hannover. **Telefon:** 0511.3539883-0. **Telefax:** 0511.3539883-6. **E-Mail:** post@nbb.dbb.de. **Internet:** www.dbb-niedersachsen.de. **Bankverbindung:** BBBank Karlsruhe, BIC: GENODE61BBB, IBAN: DE07 6609 0800 0005 4371 56. **Redaktion:** Alexander Zimbehl (1. Landesvorsitzender), Azra Goronczy (Landesgeschäftsführerin), Vanessa Bucceri, Lia Napierski. **Redaktionsschluss:** 26.01.2025 **Verantwortlich für den Inhalt:** Alexander Zimbehl, Raffaelstraße 4, 30177 Hannover. Beiträge mit Autorengabe stellen nicht unbedingt die Meinung des dbb beamtenbund und tarifunion niedersachsen dar.

Verlag: DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

Titelfoto: © Getty Images

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** Andrea Degner.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Marion Clausen, **Telefon:** 030.7261917-32. **E-Mail:** marion.clausen@dbbverlag.de. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste** 30, gültig ab 1.1.2026.

Bezugsbedingungen: Erscheint 10-mal jährlich. Bezugspreis für Nichtmitglieder pro Jahr 19,90 Euro. Für Mitglieder ist der Bezugspreis durch Mitgliedsbeitrag abgegolten. Bezug nur durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag.



Beamtenbesoldung

Finanzministerium rechnet mit Urteil aus Karlsruhe – Sonderzahlung erneut nicht auf Versorgungsempfänger übertragen

Offenbar rechnet nun auch das Niedersächsische Finanzministerium mit einer baldigen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Beamtenbesoldung. Der dbb niedersachsen führt bereits seit 2005 Klagen für eine verfassungsgemäße und amtsangemessene Besoldung und begleitet eigene Musterkläger durch die Instanzen. Seit 2018 liegt das Verfahren beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe und dürfte nach Einschätzung des Finanzministeriums nun zeitnah entschieden werden.

Langjährige Klagen und Zehntausende Widersprüche wegen unzureichender Besoldung

Parallel dazu haben seit vielen Jahren Zehntausende Beamtinnen und Beamte Widerspruch gegen ihre Besoldung eingelegt. Inwieweit sich eine Entscheidung des Gerichts auch auf diese Zeiträume erstrecken wird, bleibt abzuwarten. Erstmals räumt das Niedersächsische Finanzministerium nun ein, dass eine Entscheidung zu Niedersachsen noch im laufenden Jahr erfolgen könnte.

Neue verfassungsrechtliche Maßstäbe: Abschied vom Mindestabstand zur Grundsicherung

Dabei richten sowohl der dbb niedersachsen als auch die Landesregierung ihren Blick insbesondere auf das bereits ergangene Urteil zur Besoldung im Land Berlin. Das Bundesverfassungsgericht hat dort im Herbst neue Maßstäbe für die amtsangemessene Alimentation formuliert. Demnach genügt der bisherige Mindestabstand zur Grundsicherung nicht mehr. Künftig darf die Mindestbesoldung 80 Prozent des Median-

Einkommens der Gesamtbevölkerung nicht unterschreiten.

Was bedeutet das Median-Einkommen für die Beamtenbesoldung?

Das Median-Einkommen beschreibt dabei nicht den Durchschnitt, sondern den mittleren Wert aller Einkommen: Die eine Hälfte der Bevölkerung verdient mehr, die andere weniger. Es gilt als besonders aussagekräftig, da es nicht durch extreme Ausreißer verzerrt wird. Für die Beamtenbesoldung bedeutet dies, dass sich die Einkommensentwicklung der Beamtinnen und Beamten dauerhaft in einer nachvollziehbaren Relation zur allgemeinen Erwerbsbevölkerung bewegen muss und sich nicht abkoppeln darf.

Drohende Nachzahlungen für Niedersachsen in Milliardenhöhe

Für Niedersachsen könnten sich daraus erhebliche finanzielle Konsequenzen ergeben. Das Finanzministerium räumt mittlerweile ein, dass mögliche Nachzahlungen für die Jahre 2005 bis 2022 im Raum stehen. Diese könnten den Landeshaushalt im ungünstigsten Fall mit bis zu 750 Millionen Euro pro Jahr belasten. Die Berechnungen gelten als komplex und zeitaufwendig, da unter anderem Tarifentwicklungen berücksichtigt werden müssen – ein Umstand, auf den der dbb niedersachsen seit Jahren hingewiesen hat.

Familienergänzungszuschlag ab 2023 unter Vorbehalt

Für die Jahre ab 2023 verweist das Land auf den eingeführten Familienergänzungszuschlag. Allerdings signalisiert



> Jens Duden und Alexander Zimbehl

das Finanzministerium inzwischen, dass auch insoweit eine höchstrichterliche Klärung abzuwarten sei, und weicht damit von seiner bislang klaren Haltung ab.

Rückwirkende Sonderzahlung für 2025 geplant

Unabhängig davon treibt die Landesregierung aktuell die Umsetzung einer rückwirkenden Sonderzahlung für das Jahr 2025 voran. Vorgesehen sind 800 Euro für Beamtinnen und Beamte der Besoldungsgruppen A 5 bis A 8, 500 Euro für höhere Besoldungsgruppen sowie 250 Euro für Anwärtinnen und Anwärter. Der Niedersächsische Landtag soll nach derzeitigem Planungsstand im März darüber entscheiden.

dbb niedersachsen: Sonderzahlung löst keine strukturellen Probleme

Der dbb niedersachsen hat die Sonderzahlung in seiner Stellungnahme zum Besoldungsgesetz zwar grundsätzlich begrüßt, jedoch zentrale Detailfragen und

die Begründung kritisch bewertet. Der 1. Landesvorsitzende Alexander Zimbehl betonte ausdrücklich, dass eine einmalige Sonderzahlung, die weder Auswirkungen auf die Besoldungstabellen hat noch ruhegehaltstauglich ist, die strukturellen Mängel der Besoldung nicht behebt, sondern lediglich kurzfristig überdeckt.

Erneute Benachteiligung der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger

Gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Landesseniorenvertretung, Jens Duden, stößt insbesondere die erneute Nichtberücksichtigung der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger auf deutliche Kritik. Gerade diese Personengruppe ist in besonderem Maße von inflationsbedingten Mehrausgaben betroffen. Da Versorgungsempfängerinnen und -empfänger aufgrund ihres Ruhegehaltssatzes über ein geringeres Einkommen verfügen, müssen sie einen deutlich höheren Anteil für grundlegende Lebenshal-



tungskosten wie Lebensmittel, Heizung und Strom aufwenden – Bereiche, die zuletzt besonders stark von Preissteigerungen betroffen waren.

Keine Sonderzahlung, kein Weihnachtsgeld – Niedersachsen im Negativvergleich

Zusätzlichen Unmut verursacht die Tatsache, dass Versorgungs-

empfängerinnen und Versorgungsempfänger bereits seit 2007 keine Sonderzuwendung (Weihnachtsgeld) mehr erhalten. Verbale Wertschätzung kann eine angemessene finanzielle Anerkennung der geleisteten Lebensarbeit nicht ersetzen. Zudem gehört Niedersachsen zu den wenigen Bundesländern, die ihren Versorgungsempfängern weiterhin eine Sonderzahlung vorenthalten.

dbb fordert Ausweitung der Sonderzahlung und strukturelle Reform der Besoldung

Im Ergebnis fordert Alexander Zimbehl den Gesetzgeber nachdrücklich auf, seiner verfassungsrechtlichen Fürsorge- und Alimentationspflicht gerecht zu werden und die einmalige Sonderzahlung für das Kalenderjahr 2025 auch auf die Versor-

gungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger auszuweiten.

Zugleich bekräftigt der dbb Niedersachsen seine Forderung nach einer strukturellen Anpassung der Besoldungstabellen für alle aktiven Beamtinnen und Beamten, um den verfassungsrechtlichen Vorgaben endlich vollumfänglich zu entsprechen.

Aktive Mittagspause der DJG vor dem Amtsgericht Hannover

Starkes Signal in der laufenden Tarifrunde

Am 9. Dezember 2025 machte die Deutsche Justiz-Gewerkschaft (DJG) im Rahmen der aktuellen Tarifverhandlungen mit einer bewegten Mittagspause vor dem Amtsgericht Hannover auf die angespannte Situation der Beschäftigten im öffentlichen Dienst aufmerksam. Trotz anhaltenden Regens und schwieriger Witterungsbedingungen versammelten sich engagierte Kolleginnen und Kollegen, um gemeinsam ein sichtbares Zeichen für faire Arbeitsbedingungen und eine angemessene Bezahlung zu setzen.

Gewerkschaftlicher Schulterschluss trotz widriger Umstände

Unterstützt wurde die Protestaktion nicht nur von Mitgliedern der DJG, sondern auch von den Fachgewerkschaften VNSB und VDS. Die Beteiligung verdeutlichte den starken gewerkschaftlichen Zusammenhalt innerhalb des dbb und machte deutlich, dass die Forderungen der Beschäftigten von einer breiten Basis getragen werden. Auch wenn die Teilnehmerzahl wetterbedingt geringer ausfiel als erhofft, blieb die Botschaft eindeutig und kraftvoll.

dbb niedersachsen zeigt Präsenz vor Ort

Mit Alexander Zimbehl, dem Vorsitzenden des dbb Niedersachsen, war auch die Landesleitung des dbb bei der Aktion vertreten.

In Gesprächen mit den Teilnehmenden unterstrich Zimbehl die zentrale Bedeutung der laufenden Tarifrunde für die Zukunft des öffentlichen Dienstes. Die Beschäftigten – insbesondere im Bereich der Justiz – seien seit Jahren mit steigenden Arbeitsbelastungen, Personalmangel und wachsenden Anforderungen konfrontiert.

Forderung nach Wertschätzung und besseren Rahmenbedingungen

Alexander Zimbehl machte deutlich, dass spürbare Verbesserungen bei Entgelt und Arbeitsbedingungen dringend notwendig seien. Nur so könne die Attraktivität des öffentlichen Dienstes gesteigert und qualifiziertes Personal langfristig gewonnen und gehalten werden. Gerade in Niedersachsen bestehe erheblicher Handlungsbedarf, um den öffentlichen Dienst zukunftsfähig aufzustellen. Die Arbeitgeberseite sei nun gefordert, Verantwortung zu übernehmen und





> Alexander Zimbehl, Bianca Korbanek, Torsten Lieberam (von links)



ein klares Zeichen der Wertschätzung zu setzen.

Klare Botschaft an die Arbeitgeberseite

Die aktive Mittagspause war geprägt von Entschlossenheit,



Solidarität und Engagement. Sie zeigte eindrucksvoll, dass die Beschäftigten bereit sind, für ihre berechtigten Interessen einzustehen. Die Aktion vor dem Amtsgericht Hannover stellte damit ein weiteres wichtiges Signal im Verlauf der Tarif-

verhandlungen dar und machte deutlich: Die Deutsche Justizgewerkschaft, der VNSB, der VDL und der dbb niedersachsen stehen geschlossen hinter den Forderungen der Beschäftigten und erwarten endlich Bewegung in den Verhandlungen. ■

Vollversammlung der Landesseniorenvertretung

Am 21. Januar diesen Jahres tagte die Vollversammlung der Landesseniorenvertretung des dbb niedersachsen im Sitzungsraum der Geschäftsstelle in Hannover. Insgesamt haben 18 Mitglieder der Landesseniorenvertretung an der Sitzung teilgenommen.

Zu Beginn gab der Vorsitzende der Landesseniorenvertretung, Jens Duden, von der kombi den Bericht der Geschäftsführung über senienpolitische Themen des letzten Jahres ab. Berichtet wurde unter anderem über die Gründung der Seniorenvertretung auf europäischer Ebene innerhalb der CESI. Dort wurde im November das Gremium der CESI Seniors gegründet, zu deren Vorsitzenden der Vorsitzende der Bundesseniorenvertretung des dbb, Horst Günther Klitzing, gewählt wurde.

Auch wurde über die Probleme der Digitalisierung insbesondere für ältere und nicht technikaffine Menschen gesprochen. Beispiel dafür ist der fast nur noch digitale Fahrkartenverkauf der Deutschen Bahn. Hier gab es auch

bereits Gespräche der Bundesseniorenvertretung mit der Deutschen Bahn, wobei dieses Thema bei der Bahn auf kein großes Interesse stößt. Der Vorsitzende verwies auch auf den 9. Altersbericht der Bundesregierung, der

auch im Internet unter <https://www.neunter-altersbericht.de/bericht> als PDF heruntergeladen oder auch in gedruckter Form kostenlos bestellt werden kann. Weiter gab es noch einen kurzen Rückblick auf die senienpolitische Fachtagung im Oktober letzten Jahres in Berlin.

Auf Landesebene stand natürlich die aktuelle Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes und die Nichtberücksichtigung der Versorgungsberechtigten im Mittelpunkt.

Leider ist das Land anscheinend der irrümlichen Auffassung, dass die Versorgung nicht zum Alimentationsprinzip gehört und die Fürsorgepflicht des Dienstherrn mit dem Eintritt in den Ruhestand endet. Einen Rückblick gab es dann auch noch einmal auf das Seminar für Seniorinnen und Senioren im letzten Oktober in Hannover. Das zweitägige Seminar war bei den Teilnehmenden sehr gut angekommen.

Auch für dieses Jahr ist bereits wieder ein Seminar geplant. Es





wird am 12. und 13. Oktober in Hannover stattfinden. Thema des zweitägigen Seminars wird das „Digitale Erbe“ sein.

Im Anschluss an den Bericht der Geschäftsführung gab es umfangreiche Ausführungen des Landesvorsitzenden Alexander Zimbehl zu den Themen Sach-

stand Klage Alimentation, Sachstand Widerspruchsverfahren und Beihilfe. Mit seinen Ausführungen konnte der Landesvorsitzende die Teilnehmenden auf den aktuellen Stand zu diesen auch für Versorgungsberechtigte wichtigen Themen bringen. Abschließend forderten der Landesvorsitzende wie auch

Jens Duden die Teilnehmenden auf, zahlreich an der zentralen Kundgebung am 4. Februar 2026 in Hannover teilzunehmen. Letztlich müssen auch die Versorgungsberechtigten für ihre Interessen einstehen und den Dienstherren und Verhandlungsführern der TdL gegenüber Flagge zeigen.

Nach einer kurzen Mittagspause hielt der Kollege Wilhelm Giesecke von der DPoIG dann einen Vortrag zum Thema Verwaltungsakt und konnte die Kenntnisse der Teilnehmenden zum Verwaltungsakt auffrischen.

dbb Landesvorsitzender Alexander Zimbehl zu Gast in Wilhelmshaven

Auf Einladung des Stadtverbandes Wilhelmshaven–Friesland des dbb niedersachsen war der Landesvorsitzende Alexander Zimbehl zu einem Informations- und Austauschgespräch in Wilhelmshaven zu Gast.

Neben dem Vorstand des Stadtverbandes nahmen auch zahlreiche Vorsitzende sowie Vertreterinnen und Vertreter der örtlichen Einzelgewerkschaften und Fachverbände an der gut besuchten Veranstaltung teil. Im Mittelpunkt standen aktuelle beamten- und tarifpolitische Themen sowie ein offener Dialog mit den Mitgliedern vor Ort.

■ Amtsangemessene Alimentation

In seinem Vortrag ging Zimbehl zunächst auf die derzeitige Entwicklung rund um die Beamtensoldung ein. Dabei stellte er die grundsätzliche Bedeutung der jüngsten Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts für die Länder dar und ordnete diese in den gesamtpolitischen Kontext ein. Auch mit Blick auf Niedersachsen machte er deutlich, dass das Thema weiterhin von hoher Relevanz für die Beamtinnen und Beamten sei und aufmerksam verfolgt werde. Der dbb niedersachsen setze sich hierbei seit vielen Jahren konsequent für eine verfassungsgemäße und amtsangemessene Besoldung ein. Eine abschließende Bewertung möglicher Auswirkungen für Niedersachsen sei zum jetzigen Zeitpunkt jedoch noch nicht möglich.

Zugleich betonte der Landesvorsitzende, dass die bestehenden Verfahren und Diskussionen zeigen, wie wichtig eine verlässliche und vorausschauende Personal- und Haushaltspolitik der Länder ist. Die anwesenden Zuhörerinnen und Zuhörer nutzten die Gelegenheit, um Fragen zu stellen und ihre Einschätzungen aus der Praxis einzubringen.

■ Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst

Im zweiten Teil seines Vortrages widmete sich Zimbehl den aktuell laufenden Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst. Er stellte die Forderungen der Gewerkschaften vor, die eine

spürbare Verbesserung der Einkommen sowie eine kurze Laufzeit des Tarifvertrages vorsehen. Angesichts der angespannten Haushaltslagen vieler öffentlicher Arbeitgeber rechnet der Landesvorsitzende mit anspruchsvollen Verhandlungen. Gleichzeitig machte er deutlich, dass die Beschäftigten im öffentlichen Dienst angesichts steigender Anforderungen und Belastungen auf faire und angemessene Ergebnisse angewiesen seien.

■ Abschied von Heinz-Dieter Ripke

Zum Abschluss der Veranstaltung stand ein besonderes Moment im Mittelpunkt: Der

Stadtverband Wilhelmshaven–Friesland verabschiedete Heinz-Dieter Ripke, der sich nach 15 Jahren ehrenamtlicher Vorstandsarbeit aus gesundheitlichen Gründen künftig zurückziehen wird.

Ripke hatte sich über viele Jahre hinweg als Beisitzer, unter anderem für den technischen Bereich sowie für die Belange der Ruheständler, engagiert.

Die persönliche Verabschiedung und Ehrung übernahm Landesvorsitzender Alexander Zimbehl, der Ripke für seine Verlässlichkeit, sein langjähriges Engagement und seine stetige Einsatzbereitschaft dankte. Mit einem Präsent und guten Wünschen für die Zukunft brachten sowohl der Vorstand des Stadtverbandes als auch der Landesvorsitzende ihre Anerkennung zum Ausdruck.



© dbb niedersachsen



Philologentag 2025: klare Forderungen an die Bildungspolitik PHVN fordert mutige Reformen und eine Abkehr von ideologischen Irrwegen

Mit deutlichen Worten und klaren Forderungen hat der Philologenverband Niedersachsen (PHVN) auf seinem Philologentag 2025 in Bremerhaven ein starkes Signal an die Landespolitik gesendet.

Rund 300 Delegierte aus Gymnasien, Gesamtschulen, Oberschulen und Studienseminaren berieten unter dem Motto „Wir motivieren Menschen“ über die aktuellen Herausforderungen des niedersächsischen Bildungssystems und verabschiedeten 13 Resolutionen als Grundlage für die künftige „Agenda 2030 des PHVN“.

■ Bildungspolitik braucht den „großen Schritt“

Im Mittelpunkt der Tagung stand die Kritik an einer aus Sicht des Verbandes jahrzehntelang verfehlten Bildungspolitik. Der Vorsitzende des PHVN, Dr. Christoph Rabbow, forderte in seiner Grundsatzrede einen grundlegenden Kurswechsel: Angesichts alarmierender Ergebnisse im IQB-Bildungstrend, sinkender Leistungsniveaus und eines dramatischen Lehrkräftemangels reichten „1.000 kleine Schritte“ nicht mehr aus. Stattdessen brauche es endlich den Mut zu großen, strukturellen Reformen – auch auf Ebene der Kultusministerkonferenz.

■ Lehrkräftemangel als Kernproblem

Besonders deutlich benannte Rabbow den anhaltenden Lehrkräftemangel – vor allem in den MINT-Fächern – als zentrales Problem des Systems.

Fachfremd erteilter oder ausfallender Unterricht führe zwangsläufig zu sinkenden Bildungsstandards und einem gravierenden Leistungsabfall. Diese Entwicklung müsse politisch nicht nur zur Kenntnis genom-

men, sondern aktiv bekämpft werden.

■ Kritik an milliardenschweren Tablet-Investitionen

Sehr kritisch äußerte sich der PHVN zur geplanten flächendeckenden Ausstattung der Schulen mit Tablets. Die dafür vorgesehenen Investitionen von rund 800 Millionen Euro seien aus Sicht des Verbandes nicht ausreichend bildungspolitisch begründet.

Schule brauche vor allem verlässliche Rahmenbedingungen: sanierte Gebäude, funktionierende Infrastruktur, gut ausgestattete Fachräume sowie ausreichend Personal. Der PHVN fordert daher eine zeitnahe Evaluation der digitalen Ausstattung und eine mögliche Umsteuerung der Mittel, sollte sich kein pädagogischer Mehrwert zeigen.

■ Leistung, Förderung und Teilhabe in Balance bringen

Ein weiterer Schwerpunkt lag auf dem Verhältnis von Leistung, Förderung und Teilhabe. Der PHVN machte deutlich, dass Bildungsgerechtigkeit nur durch ein ausgewogenes Zusammenspiel von Fordern und Fördern erreicht werden könne.

Weder dürften leistungsstarke Schülerinnen und Schüler ausgebremst noch dürften leistungsschwächere alleingelassen werden. Schule müsse wieder ein Ort sein, an dem Leistung anerkannt und indivi-



duelle Entwicklung gezielt unterstützt werde.

■ Klares Bekenntnis zum Beamtenstatus

Unmissverständlich positionierte sich der Verband zudem zum Beamtenstatus der Lehrkräfte. Rabbow warnte eindringlich davor, diesen infrage zu stellen: Angesichts des anhaltenden Lehrkräftemangels sei eine solche Debatte unverantwortlich und würde die Attraktivität des Berufs weiter schwächen. Der Staat stehe in der Pflicht, für ausreichend qualifiziertes Personal zu sorgen, um den Bildungsauftrag dauerhaft erfüllen zu können.

■ Kultusministerin Hamburg im Dialog mit dem Verband

Als Gastrednerin nahm Kultusministerin Julia Willie Hamburg Stellung zu den Forderungen des PHVN. Sie bezeichnete die Ergebnisse des IQB-Bildungstrends ebenfalls als inakzeptabel und betonte die gemeinsame Verantwortung von Politik, Schulen und Elternhäusern für Leistungsbereitschaft und Bildungsqualität.

Zugleich verwies sie auf zusätzliche Stellen im neuen Landeshaushalt und sicherte zu, dass

es in Niedersachsen keine Bestrebungen gebe, den Beamtenstatus für Lehrkräfte abzuschaffen. Auch die Übertragung der Tarifergebnisse auf die Beamtinnen und Beamten sagte sie erneut zu.

■ Motivation als Schlüssel für erfolgreiche Schulen

Impulse für die schulische Praxis lieferte der Festvortrag von Prof. Dr. Marcus Eckert von der APPOLON Hochschule für Gesundheitswirtschaft in Bremen. Er hob hervor, dass das Mindset der Lehrkräfte einen entscheidenden Einfluss auf die Motivation der Schülerinnen und Schüler habe. Lernen beginne dort, wo Komfortzonen verlassen würden – auch von Lehrkräften.

■ Resolutionen ebnen den Weg zur „Agenda 2030“

Mit den verabschiedeten 13 Resolutionen stellt der Philologentag 2025 die Weichen für eine langfristige bildungspolitische Strategie des Verbandes. Die „Agenda 2030 des PHVN“ soll im Frühjahr 2026 vorgelegt werden und versteht sich als klarer Beitrag zu einer leistungsfähigen, gerechten und zukunftsfesten Schule in Niedersachsen – ganz im Sinne eines starken öffentlichen Dienstes.